

Gemeinsame Erklärung

Dringender Handlungsbedarf zur Sicherung der europäischen Stahlbranche und ihrer Arbeitsplätze!

Die europäische Stahlindustrie ist das Herzstück der europäischen Industrie, mit **310.000 direkten und 2,2 Millionen indirekten Arbeitsplätzen in der EU**. Die dreifache Krise in den Bereichen Energie, Rohstoffe und Lebenshaltungskosten bedeutet, dass ein starker sozialer Dialog und Unterstützung auf nationaler und europäischer Ebene wichtiger denn je sind, um die Branche zu schützen und Arbeitsplätze zu erhalten.

Angesichts von **Energiekosten**, die **etwa siebenmal so hoch** sind wie vor der Krise, und einem **Kohlenstoffpreis von 70 €/t** hat die europäische Stahlbranche mit enormen Kosten zu kämpfen, die viel höher sind als in anderen stahlerzeugenden Regionen. Die illegale Invasion in der Ukraine, die die Energiekrise noch verschärft hat, hat auch zu einem massiven Rückgang oder einem Stopp der traditionellen Rohstofflieferungen aus Russland und der Ukraine, wie z. B. Eisenerz, geführt, so dass die europäischen Unternehmen gezwungen sind, zu viel höheren Kosten aus anderen Ländern einzukaufen. Darüber hinaus leiden die Beschäftigten und Bürger*innen unter einer EU-Inflation von 10 % ([September 2022](#)).

Die europäischen Sozialpartner, die Europäische Stahlvereinigung (EUROFER) und industriAll European Trade Union (industriAll Europe), fordern dringende Maßnahmen, um die europäische Stahlbranche zu schützen und diese hochqualifizierten, hochwertigen Arbeitsplätze in Europa zu erhalten und gleichzeitig auf eine kohlenstoffarme, umweltfreundliche, kreislauffähige und international wettbewerbsfähige europäische Stahlbranche hinzuarbeiten.

Die doppelte Herausforderung des grünen und digitalen Strukturwandels war noch nie so groß wie heute, und es werden zusätzliche Investitionen und Unterstützung benötigt, um sicherzustellen, dass dieser Übergang erfolgreich verläuft und **kein Stahlarbeiter und keine Region zurückbleibt**.

Die europäischen Sozialpartner:

1. verpflichten sich, den **sozialen Dialog** in Übereinstimmung mit den nationalen oder europäischen Rechtsvorschriften auf allen Ebenen uneingeschränkt zu respektieren.
2. **fordern die Unternehmen auf**, weiterhin in ihre Anlagen und Beschäftigten zu investieren, **und die Behörden, industrielle Dekarbonisierungsprojekte und die damit verbundene Energieinfrastruktur zügig zu unterstützen und den geeigneten Rechtsrahmen zu entwickeln**, um Leitmärkte für grünen Stahl zu schaffen und einen **wirksamen Schutz vor Carbon Leakage** (Verlagerung von Kohlenstoffquellen) zu gewährleisten, wie im [gemeinsamen Schreiben](#) der Sozialpartner dargelegt.
3. fordern einen EU-Fonds zur Unterstützung **nationaler Kurzarbeitsprogramme** mittels der Umsetzung von SURE 2.0, um Unternehmen - mit strengen sozialen Auflagen - über Wasser zu halten.
4. bestehen auf der Umsetzung **kurzfristiger Notlösungen, die die Kosten und Preise für Gas und Strom begrenzen** und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten.
5. unterstützen eine ehrgeizige und zukunftsorientierte Überarbeitung der **EU-Verordnung über die Verbringung von Abfällen** unter Berücksichtigung der Bedeutung von Stahlschrott für die Dekarbonisierung und die Kreislaufwirtschaft.
6. bestehen auf EU-Maßnahmen zur **Gewährleistung eines fairen Handels** und fordern die EU auf, Sofortmaßnahmen in Bezug auf Importe in Erwägung zu ziehen. Sie betonen dabei die

enorme Energiepreis-/ Kostenverzerrung zum Nachteil der Stahlindustrie und der Beschäftigten in der EU, den scharfen globalen Wettbewerb und die zunehmenden globalen Überkapazitäten, wobei viele außereuropäische Regionen von der dreifachen Krise weit weniger betroffen sind.

7. rufen alle Beteiligten zur Zusammenarbeit auf, um einen **gerechten Strukturwandel** für alle Stahlbeschäftigten und Stahlregionen zu gewährleisten, die vom grünen oder digitalen Wandel betroffen sind.

Die europäischen Sozialpartner werden weiterhin gemeinsam mit den nationalen und europäischen Entscheidungsträgern daran arbeiten, das Überleben der europäischen Stahlbranche zu sichern.

Unterzeichnet am 17. Oktober 2022 in Brüssel